

# Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXIX/6

5. Januar 1974

Die "Geheimpapiere" des Herrn Windelen

-----  
Klarstellungen zu einer "neuen" CDU-Agitation

Seite 1 / 46 Zeilen

Mineralöl: Markt mit Makeln und Macken

-----  
Die Versorgungsfrage ist doch besser als ihr Ruf

Seite 2 / 56 Zeilen

Zügig auf dem Weg zur Mediengewerkschaft

-----  
Warum die Schriftsteller sich gewerkschaftlich organisieren

Von Dieter Lattmann MdB

Vorsitzender des Verbandes deutscher Schriftsteller  
in der IG Druck und Papier

Seite 3 und 4 / 78 Zeilen

Der Herr vom Bundesrat am Telefon

-----  
Stoßseufzer eines MdB zum Jahresbeginn

Von Hugo Brandt MdB

Seite 5 und 6 / 49 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-18  
Postfach: 120 408  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
F A X : 22 80 37 - 39

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Die "Geheimpapiere" des Herrn Windelen

---

Klarstellungen zu einer "neuen" CDU-Agitation

CDU und CSU scheinen 1974 als Jahr vordergründiger Polemik begehen zu wollen; mangels eigener politischer Masse, offenkundig. Nach den Ausfällen der Parteichefs Strauß und Kohl, die die Union zur wahren und einzigen verfassungstragenden Partei in der Bundesrepublik stilisieren sollten, aber nur ein recht krauses Verständnis dieser Herren von unserem Grundgesetz demonstrieren, meldet sich nun der stellv. Fraktionsvorsitzende der Union, Windelen, mit Material über die DDR zu Wort, das der Bundesnachrichtendienst zur internen Unterrichtung der Bundesregierung erarbeitet hatte.

Es handelt sich aber beileibe um nichts Einzigartiges, Brandneues, Hochaktuelles, vielmehr konnte der aufmerksame Zeitungsleser alles schon längst irgendwo schwarz auf weiß zur Kenntnis nehmen. Das einzige, was Windelens Aktion verraten dürfte, ist ein zweifelhafter politischer Stil.

Es ist (leider) eine altbekannte Tatsache, daß die SED versucht, alle direkten, von ihr nicht ohne weiteres zu kontrollierenden Kontakte zwischen den Bürgern ihres Staates und denen der Bundesrepublik so schwach wie nur eben möglich zu halten und sie am liebsten ganz unterbunden sähe. Weiter ist bekannt, daß sie auch nicht vor der kleinstkarierten Maßnahme zurückschreckt, um diese Art Abgrenzung durchzusetzen. Das liegt nun einmal in ihrem Selbstverständnis und wirft ein bezeichnendes Licht auf ihr Selbstbewußtsein. Wer wüßte das nicht?

Aber nun kommt Herr Windelen daher, schmettert sein "Geheimmaterial" auf den Tisch und verkündet keck, man habe es ja schon immer gesagt, daß die ganze sozialliberale Deutschland- und Ostpolitik nichts taue und die Situation nur verschlimmere. Um den wirklichen Sachverhalt kümmert er sich dabei nicht im geringsten. Hat nicht die Bundesregierung immer und immer wieder erklärt, daß es ungemein schwierig sein werde, das Verhältnis zur DDR zu verbessern? Hat nicht Egon Bahr wiederholt betont, daß wir früher, also vor dem Grundvertrag, keine und jetzt erst einmal schlechte Beziehungen zu dem anderen deutschen Staat unterhielten, daß jetzt die Koexistenz auf deutsch beginne, also Schwieriges, Zähes, Verwickeltes ausstehe!

Kann denn andererseits Herr Windelen, kann die ganze Union meinen, darüber hinwegtäuschen zu können, daß wir trotz all dieser Probleme, die voraussehbar waren, im Verhältnis zwischen beiden Staaten nicht doch wesentlich besser dastehen? Der reibungslose Berlin-Verkehr, die Reisemöglichkeiten in den anderen Teil Deutschlands, die trotz verdoppelter Mindestumtauschsätze bestehen, um nur einige für die Menschen wirksamen Ergebnisse unserer Deutschlandpolitik zu nennen, sie sind durch solche Machenschaften nicht zu vernebeln.

Wie unlogisch die Union im übrigen zu Wege geht, zeigt sich beispielsweise am Verhalten ihres deutschlandpolitischen Sprechers Abelein. Er, der am Grundvertrag auch nicht ein gutes Komma gelten läßt, pocht nun auf einmal auf ihn und betont, daß er eine Rechtsgrundlage biete, gegen die unmenschliche DDR-Praxis an den Grenzen vorzugehen. Wie es halt gerade paßt...  
(pr/9.1.1974/Vo/pr)

+ + +

Mineralöl: Markt mit Makeln und Macken  
-----

Die Versorgungslage ist doch besser als ihr Ruf

Es war wohl nicht die Überlegung, auch anderen Bundesbürgern die Freuden des Winterurlaubs nicht vorzuenthalten, die den Kanzler veranlaßte, die Benzinsparmaßnahmen vorerst zu lockern. Die übers letzte Wochenende eingegangenen Meldungen über bereits angelandete und die schon schwimmenden Ölvorräte rechtfertigten, was Insider schon zur Jahreswende vermutet hatten: die aktuelle Versorgungslage und der überschaubare Nachschub geben keine Veranlassung, die Benzin-Sparmaßnahmen in der gleichen Rigorosität wie im November und Dezember fortzusetzen.

Schließlich ist nicht verborgen geblieben, daß der Ölverkauf der arabischen Förderländer - übrigens durchaus in Übereinstimmung mit dem kuwaiter Boykott-Beschluß - ziemlich flüssig vonstatten gegangen war. Und wer sich im Rotterdamer Hafen, dem größten Ölumschlagplatz für Westeuropa, in den letzten Wochen umschaute, konnte feststellen, daß nicht nur sämtliche Vorrattanks bis an den Rand gefüllt waren. Draußen in See vor Rotterdam mußten Supertanker vor Anker gehen, weil sie ihr Rohöl nicht so schnell loswerden konnten, wie die Eigner das wohl gern gesehen hätten.

Nicht übersehen werden darf allerdings, daß Energie nicht immer Energie ist. Und was für die Benzinversorgung zutrifft, gilt in der augenblicklichen Situation keineswegs für schweres Heizöl oder Naphta. Das aber ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß seit einigen Wochen besonders libysches Rohöl ankommt, aus dem mehr leichte Derivate - also Benzin und leichtes Heizöl - gewonnen werden können als etwa schweres Heizöl. Insofern ist der Mineralölmarkt - das bleibt zu bedenken - noch immer gestört.

Was ein Wiederauflebenlassen des Wochenendfahrverbotes dennoch rechtfertigen würde, wäre die Notwendigkeit, den Benzinanbietern über das marktkonforme Mittel der Nachfragesteuerung klarzumachen, daß man die Preisfreiheit nicht gedankenlos hinzunehmen bereit ist. So gesehen haben es nun die Autofahrer selbst in der Hand, die in ihrem eigenen und gesamtwirtschaftlichen Interesse getroffene wohlwollende Entscheidung des Kanzlers und der Bundesregierung nicht zu unterlaufen.

Aus den gleichen Gründen ist auch zurzeit ein Entgegenkommen für die Autofahrer in der Form nicht zu rechtfertigen, die immer mehr und immer deutlicher bewußt erhöhten Benzinpreise durch eine Senkung der Mineralölsteuer zumindest teilweise zu neutralisieren. Dies nicht nur, weil der Staat jeden Steuergroschen braucht, um notwendige Vorhaben - gerade auch im Interesse der Arbeitsplatzsicherung - zu finanzieren. Es gibt nämlich nicht nur keine Gewähr dafür, daß eine verringerte Steuerbelastung auch tatsächlich an die Verbraucher weitergegeben wird. Die Praktiken sowohl der Rohölanbieter als auch der Rohölverarbeiter haben in den letzten Wochen bewiesen, daß sie rigoros jeden Preiserhöhungsspielraum ausnutzen.

Solange die Markt- und Versorgungslage noch von derartigen Unwägbarkeiten bestimmt wird, müssen Autofahrer und Heizölverbraucher mit von-Fall-zu-Fall-Entscheidungen leben. Schließlich gebietet es auch die moralisch-politische Rücksichtnahme auf manche Nachbarstaaten, deren Bewohner nicht über die Kaufkraft der Bundesbürger verfügen, nun nicht lauthals "Hurra" zu schreien und dabei so zu tun, als sei an der internationalen Ölfront nur ein böser Spuk vorbeigerauscht.

Theodor Tremmes  
(-/9.1.1974/bgy/pre)

+ + +

## Zügig auf dem Weg zur Mediengewerkschaft

Warum sich die Schriftsteller gewerkschaftlich organisieren

Von Dieter Lattmann MdB

Vorsitzender des Verbandes deutscher Schriftsteller in der IG Druck und Papier

Seit dem Stichtag des 1. Januar 1974 ist der Verband deutscher Schriftsteller (VS) als Autorenfachgruppe der Industriegewerkschaft Druck und Papier angeschlossen. Bisher haben 1.230 Schreibende aller Art vom Wissenschaftler bis zum Romanautor, vom Wortmitarbeiter in den Massenmedien bis zum Jugendbuchverfasser und Dramatiker, vom Übersetzer bis zum Publizisten und Lyriker ihren individuellen Beitritt zur Gewerkschaft der Drucker, Setzer, Buchbinder, Papiermacher und Graveure vollzogen, darunter in großer Mehrzahl die Gegenwartsschriftsteller, deren Namen die Öffentlichkeit kennt. Der VS rechnet damit, daß im Lauf des Übergangsjahrs 1974 bis zu 75 vH. seiner derzeitig 2.700 Mitglieder in die gewerkschaftliche Solidarität eintreten und andere noch hinzukommen, für die der Schriftstellerverband überhaupt erst als Organisation in der Gewerkschaft attraktiv geworden ist.

Das Ereignis, erstmals in seiner Art und keineswegs unumstritten, ist in den Organen der Öffentlichkeit je nach politischer Denkweise mit Zustimmung oder negativ kommentiert worden. Was gibt es darüber hinaus noch Neues zum Thema Autoren und Gewerkschaft zu sagen? Es geht hier nicht um die sozialen, urheberrechtlichen und ökonomischen Einzelforderungen der schreibenden Gewerkschaftsmitglieder, über die an anderer Stelle zu berichten ist. Es geht um die gesellschaftspolitische Substanz einer solchen Entscheidung, die von einer zunehmenden Zahl einer als ausgesprochen intellektuell geltenden Berufsgruppe getroffen wird.

Die schreibenden Bürger der Republik, seit 1842 in berufsständischen Verbänden mehr oder weniger glücklos vereint und wechselnd uneins, haben mit hundertjähriger Verspätung endlich Konsequenzen aus ihrer Abhängigkeit von mächtigen Auftraggebern gezogen und stehen am Anfang einer gewiß nicht problemlosen Solidarität mit den Arbeitnehmern der Technik in den kulturellen Bereichen und Medien. Die Schriftsteller sehen den Schritt in die IG Druck und Papier erklärtermaßen nur als Zwischenstation auf dem Weg zu einer größeren und entsprechend stärkeren Mediengewerkschaft an, die ohne eine Teilreform des Deutschen Gewerkschaftsbundes nicht gelingen kann.

Nun ist es nicht Sache der SPD, sich um interne Entwicklungen im DGB, die so vorhersehbar wie notwendig sind, unmittelbar zu kümmern. Parteipolitik hat hier bestenfalls eine unterstützende Funktion. Sie wird sich vernünftigerweise Zurückhaltung auferlegen, doch mit Beteiligung verfolgen, was an der Basis zahlreicher Organisationen im Medienbereich vor sich geht. Unverkennbar ist auch das doppelte Engagement von Mitgliedern, die sowohl der SPD als auch gewerkschaftlichen oder berufsständischen Organisationen im Gebiet von Funk, Fernsehen und Presse, Bühne, Film und Buchverlagen sowie in den bildenden Künsten und der Musik aktiv verpflich-

tet sind. Gerade diese mehrfache Initiative und wechselseitige Solidarität hat in den Gewerkschaften wie in der Sozialdemokratischen Partei Tradition. Deswegen haben gesellschaftliche Kräfte, die von Vergangenen nicht loskommen und sich obendrein im Alleinbesitz von Freiheitavorstellungen wähnen, nichts unversucht gelassen, um die vereinigten Autoren wieder in die hergebrachte Vereinzelung auseinander zu treiben. Im Klartext: CDU/CSU haben im Hintergrund des Geschehens keineswegs unerwartet jenen die bemittelte Hand gereicht, die in einer außergewerkschaftlichen Splittergruppe weiter berufeständisch herumbündeln wollen.

Eine inhaltliche Alternative außer dem Nein zur Gewerkschaft hat diese Sondergruppe bisher nicht zu formulieren gewußt. Wie sollte das auch glücken, nachdem generationenlang immer dieselben unerfüllten Forderungen nach mehr Mitsprache und besserer sozialer Sicherung die Autoren in Verbänden zusammen und nach Erfahrung der Erfolglosigkeit wieder auseinanderbrachte? Eben darum hat der VS den Weg in die Industriegewerkschaft gewählt und strebt die Mediengewerkschaft als zentrale Vereinigung aller im publizistisch-kulturellen Bereich schöpferisch und mitwirkend Tätigen einschließlich der Technik an. Übrigens ist dieselbe Grundmeinung, die auf organisatorische Reform und Vereinigung hinaus will, ebenso unter Journalisten und in den Fachgliederungen der Gewerkschaft Kunst anzutreffen. Die Diskussion, die in Gang kam, drängt gebieterisch auf Verwirklichung, und zwar aus keinem anderen Motiv als der Einsicht in die wachsende Macht der Medienkonzerne wie auch der Medienanstalten des öffentlichen Rechts.

Freiheit, die die Autoren meinen, wird durch kein verbales Bekenntnis in einem Verbandsnamen garantiert. Freiheit des Worts, Gedankenfreiheit und Informationsvielfalt in der Meinungsdemokratie, erfordert in der Welt der Abhängigkeiten nichts dringender als die organisatorische Stärke der Gemeinsamkeit vieler einzelner, die den Freiheitsraum der individuellen Arbeit durch solidarische Verwirklichungskraft erweitern. Dies kann nur gelingen nach dem Prinzip der Einigkeit der Einzelgänger: Für die berufliche Tätigkeit soll man das Individuum so groß schreiben wie für das Durchsetzen der Forderungen des gemeinsamen Nenners des Kollektiv. Wer diese gesellschaftspolitische Grundspannung leugnet, möge weiter Wunschträumen anhängen - die Macht zur Freiheit wird ihm mangeln.

(-/9.1.1974/hgy/pr)

+ + +

Der Herr vom Bundesrat am Telefon

Stoßseufzer eines MdB zum Jahresbeginn

Von Hugo Brandt MdB

Es passiert Dir immer öfter. Dieser oder jener redet mit Dir als einem Abgeordneten des Deutschen Bundestages, und es stellt sich heraus, daß dieser oder jener wesentlich besser informiert ist als Du selber; denn dieser oder jener ist Verbandsvertreter oder so etwas. Jedenfalls gehört er zu der zwar nicht legitimierten, aber privilegierten Gruppe von Leuten, die von Gesetzesvorhaben der Bundesregierung schon detaillierte Kenntnisse haben, wenn Du noch nicht einmal den Schatten einer Ahnung davon hast, daß die Bundesregierung überhaupt ein solches Gesetz plant.

Das geht doch so vor sich, wie jeder weiß: Referenten produzieren Gesetzestexte. Das nennt man dann Referentenentwurf. Davor, dabei und danach werden die interessierten Verbände informiert und die geben ihre Stellungnahmen ab. Bis dahin hast Du als nichtprivilegierter Abgeordneter bestenfalls durch Zufall erfahren, was da vorgeht - und das natürlich von Verbandsvertretern.

Und da gibt es welche, die wollen mit Dir darüber reden. Nun willst Du Dich sachkundig machen und forderst den Referentenentwurf beim Ministerium an. Wenn Du Glück hast, kriegst Du ihn sogar. Spätestens bei dem Gespräch stellt sich dann heraus, daß es längst einen neuen Referentenentwurf gibt. Die Verbandsvertreter wissen das, sie haben ihn auch, aber Du nicht. Aber gewitzt, wie Du bist, wartest Du nun ab, bis das Kabinett entschieden hat; denn ein Kabinettsentwurf ist schließlich ein Kabinettsentwurf und kein Referentenentwurf mehr.

Und nun entscheidet in unserem Fall das Kabinett am 12. Dezember 1973. Die Weihnachtspause steht bevor, und Du möchtest Dich in aller Ruhe mit den Fragen des Zweiten Besoldungsvereinheitlichungs- und Neuregelungsgesetzes

9. Januar 1974

beschäftigen, zumal Du schon von hier oder dort Prügel bekommen hast, ohne zu wissen warum. Also rufst Du im Bundesministerium des Innern an, aber dort hat man kein Exemplar mehr. Indessen, man ist freundlich und sagt, man solle doch einmal im Büro Innenausschuß des Bundesrates anrufen.

Und dort meldet sich ein Herr, der ist ob des Ansinnens sehr ungehalten. Er habe ja auch keine Texte mehr, und er könne auch keine besorgen. Schlimm genug, aber das kann schließlich vorkommen. Vielleicht denn sobald wie möglich? Aber der Herr meint, auch Abgeordnete müßten sich bescheiden. Er habe schließlich keinem Abgeordneten einen Text gegeben, und er denke nicht daran, Ausnahmen zu machen. Dies im Ton ehrlicher Enttäuschung.

Was doch Abgeordnete alles verlangen! Aber bitte: Man ist doch Mitglied des Innenausschusses, und wenn auch nur ein Stellvertreter, dann aber doch nicht weniger interessiert wie ein Interessenvertreter. Das fruchtet wenig; denn der Herr meint, er könne sich nicht vorstellen, daß Abgeordnete sich die Weihnachtsferien damit verschönern wollten, einen vielseitigen Text durchzulesen.

Das kann sich der Herr nicht vorstellen, also gibt es keinen Gesetzentwurf. Mag ja sein, daß er wirklich keine Exemplare mehr hatte, aber der Herr belehrt. Er belehrt mit der Arroganz des Bundesrates, die mittlerweile auf seine Beamten durchgeschlagen ist.

Und wenn jemand meint, dies könne doch alles nicht wahr sein: Ich versichere ihm, das ist wahr. So geschehen am 19. Dezember um 13.30 Uhr.

(-/9.1.1974/bgy/pr)

+ + +